

Wohnungslosigkeit endlich wirksam bekämpfen Die Wohlfahrtsverbände in Auseinandersetzung mit der Obdach- und Wohnungslosenuntersuchung in Hamburg 2018¹

Stephan Nagel

Seit über 20 Jahren werden in Hamburg in regelmäßigen Abständen obdachlos gewordene Menschen gezählt, die Zahlen sorgfältig ausgewertet und gedeutet. Es werden Maßnahmen diskutiert, um der Obdachlosigkeit entgegenzuwirken, auch im Landesparlament. Manches davon wird beschlossen und umgesetzt. Der Aufwand, auch der finanzielle, ist erheblich. Außerdem wird ein ambitioniertes Wohnungsneubauprogramm in Hamburg verfolgt. Niemand wird also sagen können, dass das Thema seitens der Politik und Verwaltung nicht beachtet wird. Allein: Substanziell hat sich wenig verändert. Und genau darüber gilt es zu reden. Denn es besteht die Gefahr, dass das Engagement gegen die Obdach- und Wohnungslosigkeit unter Verweis auf die vielfältigen städtischen Maßnahmen in die politische Nöglerecke gestellt und damit neutralisiert wird. Das aber wäre fatal, denn es ist wichtiger denn je, die Frage zu stellen: Warum gelingt es denn trotz aller Erkenntnisse und allen Aufwandes nicht, die Obdachlosigkeit wirksam zu bekämpfen?

Vor diesem Hintergrund werden die Auseinandersetzungen der Hamburger Wohlfahrtsverbände um die jüngste Obdach- und Wohnungslosenuntersuchung verständlich. Im folgenden Beitrag wird deshalb zunächst ein Überblick über die bisherigen Zählungen gegeben, es werden einige Ergebnisse der jüngsten Zählung vorgestellt, um zum Schluss in fünf Thesen Gründe dafür zu benennen, warum es trotz aller Bemühungen nicht gelingt, Obdach- und Wohnungslosigkeit in Hamburg substanziell zu bekämpfen.

I. Die Obdachlosenzählungen seit 1996

Die im Januar 2019 veröffentlichte Untersuchung zu obdachlos auf der Straße und in öffentlich-rechtlicher Unterbringung lebenden wohnungslosen Menschen (Kämper, Ratzka 2018) ist bereits die vierte Untersuchung, die in Hamburg durchgeführt wurde. Die erste Untersuchung (FHH; AGFW 1996) beschränkte sich darauf, die Zahl der obdachlos auf der Straße lebenden Menschen quantitativ zusammen mit einigen we-

nigen soziodemographischen Merkmalen (Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Dauer der Straßenobdachlosigkeit) zu erfassen. Mit dieser ersten Untersuchung wurde auch das Grunddesign der quantitativen Erfassung von einem externen Institut (socialdata heinrich nahr) entwickelt. Dieses Grunddesign wurde auch in den nachfolgenden Untersuchungen im Wesentlichen beibehalten, so dass die Ergebnisse der Untersuchungen im Zeitverlauf recht gut zu vergleichen sind.

Es wurde 1996 entschieden, die Zählung und Befragung von „auf der Straße lebenden“ obdachlosen Personen als Totalerhebung in Einrichtungen, Institutionen einschließlich Straßensozialarbeit durchzuführen, dabei wurden Doppelerhebungen zuverlässig ausgeschlossen. Der ursprüngliche Ansatz, die obdachlos auf der Straße lebenden Menschen an einem Stichtag an ihren Schlafplätzen aufzusuchen, wurde nicht weiterverfolgt, weil die Praktikerinnen und Praktiker der Wohnungslosenhilfe die Einschätzung vertraten, dass es weder möglich sei, ein auch nur annähernd vollständiges Verzeichnis aller Platten zu erstellen, als auch, dass viele Platten auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wohnungslosenhilfe unbekannt sind und nicht ohne die Gefahr eines Vertrauensverlustes erfragt werden können (FHH; AGFW 1996: 11). In dieser wie auch in den nachfolgenden Untersuchungen wird deutlich ausgewiesen, dass die Ergebnisse nur einen Annäherungswert an die tatsächliche Anzahl der obdachlos auf der Straße lebenden Menschen darstellen können, die Dunkelziffer unbekannt und deshalb der erhobene Wert der obdachlos auf der Straße lebenden Menschen als „Mindestzahl“ zu verstehen ist (Kämper; Ratzka, 2018:12).

In der zweiten Untersuchung (Schaak 2002) wurde dann entsprechend der Empfehlungen aus der ersten Untersuchung ein Befragungsteil ergänzt, der u.a. nach der subjektiven Einschätzung des Gesundheitszustands, den Ursachen des Wohnungsverlustes, nach Erwartungen an und Urteile über das Hilfesystem und nach den Gründen für die Nichtinanspruchnahme von Übernachtungsangeboten fragte. Im dritten Durchgang (Schaak 2009) wurden insbesondere die Einkommens- und Verschuldungssituation und der Zugang zum Gesundheitssystem aufgeheilt.

¹ Der Autor war als Vertreter der Diakonie Hamburg in den Begleitgruppen zu den Untersuchungen 2009 und 2018 aktiv.

Für die aktuelle Studie (Kämper; Ratzka 2018) wurde von der Leitung der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI – „Sozialbehörde“) entschieden, im Schwerpunkt die Situation der nichtdeutschen obdachlos auf der Straße lebenden Menschen zu untersuchen. Darüber hinaus ist auch eine repräsentative Stichprobe von wohnungslosen Haushalten, die in öffentlich-rechtlicher Unterbringung leben, befragt worden. Dieser Abschnitt hat erstmalig valide Daten u.a. zur Unterbringungsdauer sowie zu den Ursachen und Wegen in die Wohnungslosigkeit in Hamburg erbracht.

Alle vier Studien haben auftragsgemäß fast ausschließlich die eigens erhobenen Daten ausgewertet. Damit blieben andere bereits vorhandene Datenbestände, ob zum Wohnungsmarkt, zur Prävention, zu Umfang und Wirkung sozialer Hilfen, so gut wie unberücksichtigt. Die freie Wohlfahrtspflege war bei allen Untersuchungen an der Konzipierung, Durchführung und Auswertung beteiligt. Die erste Untersuchung war auf Initiative der Sozialbehörde auf den Weg gebracht worden. In den folgenden Jahren ist aus den Reihen der Freien Wohlfahrtspflege immer wieder die Forderung nach Wiederholung der Untersuchung in nicht zu weiten Abständen erhoben worden. Mit dieser Forderung war unter anderem die Erwartung verbunden, dass die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Akteuren über den Umfang der Straßenobdachlosigkeit entschärft werden können, und eine valide und gemeinsam anerkannte Datengrundlage auf jeden Fall hilfreich für die Fachdebatte sei.

Ähnlich wie bei den Diskussionen über die Einführung einer bundesweiten Wohnungsnotfallstatistik konnte man aber auch in der Forderung nach Zählung und Befragung der obdachlos auf der Straße lebenden Menschen in Hamburg hin und wieder die Hoffnung heraushören, dass bereits mit der Einführung einer Statistik bzw. dem gesicherten Wissen über das Ausmaß der Obdachlosigkeit ein entscheidender Schritt zur Übernahme politischer Verantwortung und zum wirksamen Handeln gegenüber dem drängenden Problem der Wohnungslosigkeit getan sei. Jedoch: Wenn eine Gruppe statistisch nicht erfasst wird, dann mag dies Ausdruck einer Marginalisierung sein. Statistisch gezählt werden, heißt für eine Gruppe dagegen noch nicht, dass sie auch politisch zählt. Es bedeutet nicht automatisch, dass die Anliegen politische Anerkennung genießen und angemessen beantwortet werden. Nach der Veröffentlichung der Studien standen vor allem die ermittelten absoluten Zahlen der obdachlos auf der Straße lebenden Menschen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Zahlen lauten:

1996: 1.204 Personen (FHH; AGFW 1996: 18)

2002: 1.281 Personen (Schaak 2002: 16)

2009: 1.029 Personen (Schaak 2009: 18)

2018: 1.910 Personen (Kämper; Ratzka: 2018: 12)

II. Die Obdach- und Wohnungslosenuntersuchung 2018

Waren die Differenzen in der Bewertung in der Vergangenheit eher moderat², so unterschieden sie sich zur jüngsten Untersuchung 2018 sehr deutlich. Während die Sozialbehörde in der Überschrift ihrer Pressemitteilung zur Veröffentlichung der Studie im Januar 2019 keinen Bezug auf das dramatische Ansteigen (plus 86%) der Zahl der obdachlos auf der Straße lebenden Menschen nimmt und keine Maßnahmen zur Veränderung der Situation, sondern nur eine Fachtagung zur Be-

wertung und Diskussion ankündigt (FHH 2019a), fordert die AGFW in einer Pressekonferenz: „Wohnungslosigkeit endlich wirksam bekämpfen“ und legt dazu „Lösungsvorschläge“ vor (AGFW 2019a).

Etwa acht Jahre lag die letzte Untersuchung zu den obdachlos in Hamburg auf der Straße lebenden Menschen zurück, als 2017 entschieden wurde, erneut eine Studie in Auftrag zu geben. Neben vorbehaltloser Zustimmung zu diesem Vorhaben gab es durchaus auch Skepsis, denn die in einem aufwändigen, mehrjährigen Arbeitsgruppenprozess zusammen mit den unterschiedlichen Akteuren der Wohnungsnotfallhilfen und komplementärer Institutionen aus der Vorgängeruntersuchung 2009 entwickelten Vorhaben waren nur zum Teil umgesetzt worden (vgl. AGFW 2016, Bürgerschaft 2018 Drs. 21/12386). Als die Freie Wohlfahrtspflege wie bei den Vorgängeruntersuchungen in eine Begleitungsgruppe³ berufen wurde, stellte sich schließlich heraus, dass der Handlungsrahmen von der Sozialbehörde in einem Vertrag mit dem beauftragten Institut schon recht eng abgesteckt worden war. So standen Veränderungen des Untersuchungsdesigns, Veränderung von Fragestellungen wie auch eine Erweiterung des Befragtenkreises auf wohnungslose KlientInnen der §67 und §53 SGB XII Hilfen oder die Couchsurfer nicht mehr zur Debatte. Gleichwohl beteiligten sich die Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege engagiert an der Erstellung des Fragebogens und nach der Erhebung an der Auswertung und Interpretation der Ergebnisse in der Begleitungsgruppe. Bei der Diskussion über die aus der Untersuchung zu ziehenden Schlussfolgerungen und die sich daraus ergebenden Handlungsbedarfe konnte allerdings keine Einigung erzielt werden (vgl. Kämper; Ratzka 2018: 169), da aus Sicht der Freien Wohlfahrtspflege die hier von der Sozialbehörde vorgeschlagenen Inhalte zu vage, ungenau waren und nicht zu den besorgniserregenden Zahlen passten. Deshalb wurde die Entwicklung von Handlungsansätzen in eine „nachgelagerte Debatte“ (ebd.) vertagt. Die beiden ersten Etappen dieser nachgelagerten Debatte waren eine Pressekonferenz der AGFW (11.1.2019), auf der eine ausführliche Stellungnahme zur Untersuchung sowie Lösungsvorschläge der AGFW vorgestellt wurden und der Senat aufgefordert wurde, „Wohnungslosigkeit endlich wirksam [zu] bekämpfen“ (AGFW 2019b). Die nächste Etappe war eine eintägige Fachtagung (2.5.2019), auf der die Fachöffentlichkeit die Studie aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtete und ihre Ergebnisse diskutierte. Fünf Arbeitsgruppen verständigten sich auf Handlungsempfehlungen.⁴

Die wichtigsten Ergebnisse aus Sicht der AGFW

Anstieg der Wohnungslosigkeit

Zunächst hebt die AGFW in ihrer Stellungnahme vom Januar 2018 den im Vergleich zu 2009 mit 86% starken Anstieg der obdachlos auf der Straße lebenden Menschen und den Anstieg der öffentlich-rechtlich und in Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege untergebrachten Menschen auf 4.666 (3/2018) bzw. 5.210 Menschen (11/2018) (im Vergleich zu 2009 plus 78%) hervor. Es werden eindringlich wirksame und lösungsorientierte Antworten – einschließlich einer dazu nötigen Aufstockung der finanziellen Mittel – eingefordert. Es wird die Einschätzung vertreten, dass viele obdachlos auf der Straße lebenden Menschen nicht erreicht wurden, weil die seit geraumer Zeit durchgeführten repressiven Maßnahmen, wie

Plattenräumungen, Freizügigkeitsüberprüfungen und Polizeikontrollen, dazu führten, dass viele obdachlose Menschen versteckter leben und nicht erreicht wurden. Außerdem gab es organisatorische Pannen, so dass nicht in allen Einrichtungen im gesamten Untersuchungszeitraum befragt werden konnte.

Wege in die Wohnungslosigkeit – Prävention stärken – Couchsurfer in den Blick nehmen

Eine wichtige Besonderheit dieser Untersuchung ist, dass obdachlose und wohnungslose Personen, die in Hamburg wohnungslos wurden, nach den Wegen und Auslösern der Wohnungslosigkeit befragt wurden. Damit können Defizite im Hamburger System identifiziert werden, also da, wo unmittelbar auch Einflussmöglichkeiten für die lokalen Akteure bestehen. Ein Viertel der obdachlos auf der Straße lebenden und 28% der in öffentlich-rechtlicher Unterbringung lebenden Wohnungslosen sind im Rahmen fristloser Kündigung, Räumungsklage oder Zwangsäumung wohnungslos geworden. Obwohl die Prävention in Hamburg gut aufgestellt ist (80% der Fälle der Fachstellen werden erfolgreich abgeschlossen), lohnen sich weitergehende Anstrengungen zur Verbesserung der Erfolgs- und Erreichungsquote, um den Zufluss in die Wohnungslosigkeit zu verringern.

Der Verlust der Mitwohnmöglichkeit, der zweite besonders häufige Weg in die Wohnungslosigkeit (23% bei obdachlosen und 18% bei wohnungslosen Personen), ist schwieriger zu beeinflussen. Gleichwohl sollten Anstrengungen unternommen werden, dass weniger Couchsurfer obdachlos werden. Dazu muss der Wissensstand verbessert und überlegt werden, wie Couchsurfer unterstützt werden können.

Dauer der Wohnungslosigkeit – Zugänge in den Wohnungsmarkt verbessern

Länger als ein Jahr obdachlos sind 53% der auf der Straße lebenden Wohnungslosen – unter den deutschen dieser Gruppe sind sogar 66% länger als ein Jahr obdachlos (Kämper; Ratzka 2018: 26f). Erstmals gibt es mit der Befragung valide Daten zur Dauer der öffentlich-rechtlichen Unterbringung: 64% sind länger als ein Jahr wohnungslos in öffentlich-rechtlicher Unterbringung. Fünf Jahre und länger befinden sich 15% in öffentlicher Unterbringung (Kämper; Ratzka 2018: 115). Die Zugänge ins Hilfesystem und vor allem in den Wohnungsmarkt müssen also verbessert werden. Hierzu sind aus der Freien Wohlfahrtspflege immer wieder sehr konkrete Lösungsvorschläge formuliert worden, die nicht nur den Neubau für diese Zielgruppen, sondern auch eine soziale Neuorientierung der Wohnungsbestandspolitik anstreben (v.a. mehr Vermietungen des kommunalen Wohnungsunternehmens an wohnungslose Haushalte und Aufhebung der Freistellungsgebiete im geförderten Wohnungsbestand).⁵

Materielle Not – Soziale Sicherung zugänglicher machen – auch für nicht-deutsche Wohnungslose

Die materielle Not der obdachlos auf der Straße lebenden Menschen hat stark zugenommen. Der überwiegende Teil verfügt über kein gesichertes Einkommen (58%) – betroffen sind überproportional Nicht-Deutsche. Nur 29% der obdachlos auf der Straße Lebenden sind über gesetzliche Leistungen abgesichert (ALG II und I, Rente, Sozialhilfe etc.) (Kämper; Ratzka 2018: 172).

Zwei verbreitete Vorurteile werden durch die Studie entkräftet: Nicht das hiesige Sozialsystem ist Zuzugsgrund der nicht-deutschen obdachlos auf der Straße Lebenden (nur 1,5%), sondern die Arbeitssuche oder ein konkretes Arbeitsangebot

sind mit 71% der überragende Grund, nach Hamburg zu kommen. (Kämper; Ratzka 2018: 59) Bei Nicht-Deutschen in öffentlich-rechtlicher Unterbringung waren Arbeit als Grund mit 40% und Familie und Freunde mit 37% der Grund für das Verlassen des Herkunftslandes (Kämper; Ratzka 2018: 143). Das zweite Vorurteil betrifft die unterstellte hohe Relevanz eines Schlepperwesens bei der Anreise bzw. Übersiedlung nach Deutschland: Nur 5% der nicht-deutschen obdachlosen Personen gaben an, mit Hilfe von Organisationen nach Deutschland gekommen zu sein, die sie nicht fair behandelt haben (Kämper; Ratzka 2018: 56).

Das größte Konfliktpotential hat die Frage, welche Angebote den obdachlos auf der Straße lebenden Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit gemacht werden sollen. Zwar profitiert Hamburg (neben Oberbayern) in Deutschland besonders stark vom EU-Binnenmarkt (Bertelsmann Stiftung 2019: 14). Statt jedoch durch eine weite Auslegung des Rechts und durch freiwillige Leistungen der Stadt die Bedingungen für eine Integration der zugewanderten und in Existenzprobleme geratenen EU-Bürger zu verbessern, war Hamburg bislang eher eine treibende Kraft bei der Verschärfung der sozialrechtlichen Ausgrenzung der EU-Bürger.⁶ Weil Arbeit der mit Abstand wichtigste Grund für die Zuwanderung ist, appelliert die AGFW: „Die Stadt Hamburg sollte diese Menschen deshalb noch mehr dabei unterstützen, tatsächlich auch Arbeit leisten zu können und unter würdigen Bedingungen zu wohnen, z.B. durch die Schaffung günstiger Arbeitnehmerpensionen für Arbeitsmigranten. Für all diejenigen, die zunächst keinen Fuß auf dem Arbeitsmarkt fassen können, müssen die Zugänge in das soziale Sicherungssystem und in die öffentlich-rechtliche Unterbringung verbessert werden, damit sich nicht eine große Gruppe verelendeter Migranten bildet.“ (AGFW 2019a)

III. Vom Wissen zum Handeln

Hamburg verfügt nicht über eine fundierte Wohnungsnotfallhilfplanung, die die unterschiedlichen Datenbestände (auch unterschiedlicher Behörden) integriert und sich am idealtypischen Planungskreislauf orientiert – politischer Auftrag, Bestandsaufnahme, Leitbildentwicklung, Zielbildung, Maßnahmenplanung und -umsetzung, Evaluation/Controlling, Fortschreibung – (vgl. Jordan, 2017; 79). Die Freie Wohlfahrtspflege fordert seit vielen Jahren, dass Politik und Verwaltung eine Wohnungsnotfallhilfplanung entwickeln und sich in diesem Rahmen inhaltliche und zeitlich definierte Ziele zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit setzen. Seit 2014⁷ wird immer wieder eine griffige Operationalisierung vorgebracht: „Halbierung der Zahl der wohnungslosen Menschen in Hamburg innerhalb von fünf Jahren“ und es wurden auch sehr detailliert realitätstüchtige Maßnahmen zur Umsetzung dieser Zielsetzung entwickelt.⁸ Hinter der Forderung „Halbierung der Wohnungslosigkeit innerhalb von fünf Jahren“ steht die in vielen Politikfeldern bestätigte Überlegung, dass die Selbstbindung an konkrete und in Hinsicht auf ihre Umsetzung überprüfbare zeitliche und inhaltliche Ziele die Handelnden unter Zugzwang setzen. Dies ermöglicht es, auch größere Widerstände zu überwinden, Kräfte zu bündeln und die für die Realisierung nötigen Ressourcen zu erschließen.

Allein, in Hamburg haben Senat und Verwaltung keine Verantwortung für eine in diesem Sinne entschiedene Politik gegen Wohnungslosigkeit übernommen, sie sind keine Selbstverpflichtung, auch keine weniger ambitionierte als die von der Freien Wohlfahrtspflege geforderte, zur Lösung der Probleme

eingegangen, wie es in anderen Politikbereichen selbstverständlich ist (definierte Deichhöhe in cm, jedem schulpflichtigen Kind ein Platz in der Schule, Bau von 10.000 Wohnungen jedes Jahr, etc.). Worin liegt der Gewinn, das Problem Wohnungslosigkeit zu verharmlosen (FHH 2019b), zu verwalten und über lange Zeiträume sehr viel Geld v.a. in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung auszugeben, statt zu gestalten und kraftvoll Lösungen anzustreben? Der Versuch, diese Frage zu beantworten, kann nicht ganz frei von spekulativen Überlegungen sein. Fünf Aspekte scheinen für die Situation in Hamburg Bedeutung zu haben:

1. Zur Realisierung des ambitionierten Wohnungsneubauprogramms für alle Hamburger ist der Senat auf die Kooperation der Wohnungswirtschaft angewiesen; diese wehrt sich ganz entschlossen, wenn von ihr (größere) Versorgungsleistungen für die besonders Benachteiligten auf dem Wohnungsmarkt verlangt werden. Sich dagegen zu behaupten, erfordert erhebliche politische Entschiedenheit.
2. Wohnungsbauprojekte, die gezielt wohnungslosen Haushalten zu Gute kommen, führen immer wieder nicht nur in der Nachbarschaft zu offener Ablehnung und Widerstand. Selbst eine deutliche Erhöhung der Quote von 1/3 zu bauenden Sozialwohnungen scheitert an der hysterischen Behauptung, man müsse „Gettos verhindern“ – dabei sind knapp die Hälfte der Hamburger Haushalte von ihrer Einkommenssituation her prinzipiell berechtigt, eine öffentlich geförderte Wohnung zu beziehen.
3. Um eine rechtspopulistische Mobilisierung zu vermeiden, sind im Rahmen von „Bürgerverträgen“ mit Bürgerinitiativen, die sich u.a. gegen die Erstellung großer Unterbringungseinheiten mit der Drohung, einen Volksentscheid durchzuführen, gewehrt hatten, im Jahr 2016 weitreichende Zugeständnisse gemacht worden. Diese haben die Prioritäten des Handelns ganz auf die Bewältigung der Flüchtlingszuwanderung im Sinne der „Bürgerverträge“ verlegt.
4. Im Wiederwahlkalkül haben Menschen ohne Wohnung kaum eine Sanktionsmacht: Ihnen eilt der Ruf voraus, zu großen Teilen sowieso nicht wählen zu gehen, weil sie sich von der Politik nichts erhoffen. Die Personengruppe ist darüber hinaus eine kleine Minderheit (in Hamburg etwa 1,2% der Bevölkerung – einschließlich der wohnberechtigten Zuwanderer) und die aus dem Ausland Zugewanderten unter denen ohne Wohnung sind überwiegend nicht wahlberechtigt. Umso stärker wiegen die Wahlkalküle, die Wohnungspolitik an den Interessen der „breiten Mitte der Gesellschaft“ auszurichten.
5. Ideologien, Überzeugungen und Deutungsmuster, wie etwa die angebliche Wohnunfähigkeit von vielen wohnungslosen Menschen, die kontrafaktische Hoffnung, dass Wohnungsbau für die wohlhabendere Hälfte der Bevölkerung schon auf Dauer was nach ganz unten durchsickern lassen werde, die Überzeugung, dass das Problem einfach (zumindest in der aktuellen Legislaturperiode?) unlösbar sei, die Überzeugung, dass ein sehr gut ausgestattetes Hilfesystem einen Sogeffekt auf arme und wohnungslose in Deutschland und der ganzen EU ausübe und sie nach Hamburg ziehe, tragen wohl zu dieser politischen

Abwehrhaltung bei bzw. rationalisieren sie. Solche Überzeugungen und Deutungsmuster sind häufig sehr stabil und tief verankert. Sie existieren in der Regel vor und unabhängig von empirischen Daten oder wissenschaftlich abgesichertem Wissen und sind stabil gegenüber widersprechenden Informationen. Sie bestimmen sogar in erheblichem Ausmaß, welche Tatsachen wahrgenommen und welche ignoriert werden.

Die Wahlkalküle, die politischen Rücksichtnahmen auf die Wohnungswirtschaft und die Vermeidung von Konflikten mit aufgebracht Nachbarschaften vereinbaren sich durchaus mit persönlicher Sympathie für die Bedauernswerten und dem weiteren Ausbau insbesondere des Notversorgungsystems. Nun ist wohnungspolitisch in der Bundesrepublik und auch in Hamburg einiges in Bewegung geraten. Dies betrifft wohnungspolitische Bündnisse zwischen etablierten Verbänden, wie den Mietervereinen und der Freien Wohlfahrtspflege, sowie stadtentwicklungskritischen Initiativen (Recht auf Stadt u.ä.). Auch die wohnungspolitischen Diskurse haben sich verändert und Lösungsvorschläge wie Liegenschaftsübergabe, Mietstopp, Mietendeckel, neue Wohnungsgemeinnützigkeit, neue Formen der Nutzung des Erbbaurechts bis hin zur Enteignung sind mitten in der Gesellschaft angekommen. Es gibt also durchaus Veränderungen im politischen Kräftefeld. Ob sie aber dazu führen, dass die Blockaden gelöst und der Hamburger Senat dazu bewegt werden kann, die Verringerung der Wohnungslosigkeit zu einem prioritären politischen Ziel zu machen und die dafür notwendigen sozial- und wohnungspolitischen Weichenstellungen vorzunehmen, ist keineswegs ausgemacht. Von allein, so steht zu befürchten, wird das nicht geschehen. Denn auf die Wohnungspolitik wirken gerade in diesen Zeiten machtvollere Interessen ein als die, die obdach- und wohnungslose Menschen zu artikulieren vermögen. Ein Engagement für eine strukturell wirksame Bekämpfung der Obdach- und Wohnungslosigkeit ist also notwendiger denn je.

Stephan Nagel,

Referent Wohnungslosen- Suchtkrankenhilfe und Armut
beim Diakonischen Werk Hamburg

² Je nach politischer Rolle wurden eher beruhigende Bewertungen veröffentlicht: „Deutlich weniger obdachlose Menschen in Hamburg“ vermeldete z.B. die Sozialbehörde zum 20%igen Rückgang zwischen 2002 und 2009 in einer Pressemeldung (FHH 2009) – oder es wurden besorgte Töne angeschlagen: „Kein Grund zur Entwarnung“ schrieb die AGFW (2009) in die Headline ihrer Presseinformation.

³ In der Begleit-AG waren die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie, Integration, die bezirklichen Fachstellen für Wohnungsnotfälle, der kommunale Träger der öffentlich-rechtlichen Unterbringung (fördern&wohnen AöR) sowie die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege vertreten.

⁴ Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Artikels sind voraussichtlich die Ergebnisse dieser Fachtagung online zugänglich unter: <https://www.hamburg.de/basfi/>.

⁵ AGFW 2019b: 6f; genauer Bündnis für eine neue soziale Wohnungspolitik 2017: 5ff.

⁶ Siehe zum Beispiel Scholz 2016.

⁷ Vgl.: Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot 2014.

⁸ Bündnis für eine neue soziale Wohnungspolitik 2017: 5ff.

Literatur

(alle Onlinequellen letzter Abruf 15.05.2019)

Obdach- und Wohnungslosenuntersuchungen:

FHH (Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales – Landessozialamt); AGFW (Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg) (1996): Obdachlose, „auf der Straße“ lebende Menschen in Hamburg. Ergebnisse einer im Februar und März 1996 durchgeführten quantitativen Erhebung, Hamburg

Schaak, Torsten (2002): Obdachlose, «auf der Straße» lebende Menschen in Hamburg 2002. Eine empirische Untersuchung über die soziale Lage «auf der Straße» lebender Menschen in Hamburg, Hamburg http://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2009/2996/pdf/obdachlosenstudie_2002_download.pdf

Schaak, Torsten (2009): Obdachlose, auf der Straße lebende Menschen in Hamburg, Hamburg http://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2010/5327/pdf/obdachlosenstudie_2009.pdf

Kämper, Andreas; Ratzka, Melanie (2018): Befragung obdachloser, auf der Straße lebender Menschen und wohnungsloser, öffentlich-rechtlich untergebrachter Haushalte 2018 in Hamburg. Auswertungsbericht. <https://www.hamburg.de/contentblob/12065738/5702405ed386891a25cdf9d4001e546b/data/d-obdachlosenstudie-2018.pdf>

Weitere Literatur

AGFW (2009): Bewertung der aktuellen Situation der Obdachlosigkeit in Hamburg: Kein Grund zur Entwarnung! Information zum Pressehintergrundgespräch 28.10.2009

AGFW (2016): Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg (AGFW) e.V. zur Umsetzung des Gesamtkonzepts der Wohnungslosenhilfe, Juni 2016 https://www.agfw-hamburg.de/download/AGFW-Stellungnahme-Abschluss-Beirat-Gesamtkonzept-WLH_23.06.16.pdf

AGFW (2019a): Wohnungslosigkeit endlich wirksam bekämpfen Wohlfahrtsverbände legen Lösungsvorschläge vor, Pressemitteilung 11.1.2019 <https://www.agfw-hamburg.de/AGFW/Detail.aspx?id=22250>

AGFW (2019b): Befragung obdachloser, auf der Straße lebender Menschen und wohnungsloser, öffentlich-rechtlich untergebrachter Haushalte 2018 in Hamburg. Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Hamburg https://www.agfw-hamburg.de/download/Editor/AGFW-Stellungnahme%20Befragung_final.pdf

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2019): Estimating economic benefits of the Single Market for European countries and regions. Policy Paper, Gütersloh 32 Seiten https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BS/Publikationen/GrauePublikationen/EZ_Study_SingleMarket.pdf

Bündnis für eine neue soziale Wohnungspolitik (2017): Hintergrund: Daten, Fakten, Argumente und Lösungsansätze des „Bündnis für eine neue soziale Wohnungspolitik“ <https://www.diakonie-hamburg.de/export/sites/default/content/downloads/Presse/17-11-Buendnis-Zwischenbilanz-WA-HINTERGRUND.pdf>

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2018) Drs. 21/12386 Große Anfrage und Antwort des Senats: Gesamtkonzept der Wohnungslosenhilfe in Hamburg: Stand der Umsetzung https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/61674/gesamtkonzept_der_wohnungslosenhilfe_in_hamburg_stand_der_umsetzung.pdf

FHH (2009): Deutlich weniger obdachlose Menschen in Hamburg. Empirische Untersuchung vorgestellt: 20 Prozent weniger Obdachlose als 2002, Pressemitteilung 1.9.2019 <https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/1734874/2009-09-01-bsg-obdachlosigkeit/>

FHH (2019a): Ergebnisse der Obdach- und Wohnungslosenuntersuchung 2018 liegen vor. Sozialbehörde kündigt Fachtagung für weitere Bewertung und Diskussion an, Pressemitteilung 11.1.2019 <https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/12033592/2019-01-11-basfi-obdachlosenstudie/>

FHH (2019b): Drs. 21/16901 Fortentwicklung der Wohnungslosenhilfe in Hamburg – Sachstand seit Vorlage des Gesamtkonzepts Wohnungslosenhilfe https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/66469/fortentwicklung_der_wohnungslosenhilfe_in_hamburg_sachstand_seit_vorlage_des_gesamtkonzepts_wohnungslosenhilfe_zugleich_stellungnahme_des_senats_zu_de.pdf

Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot (2014): Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg – Wohnungslosigkeit beenden: Pressemitteilung 24.9.2019 https://www.agfw-hamburg.de/download/Pressemitteilung_Wo_ein_Wille_ist_ist_auch_ein_Weg_24_09_2014.pdf

Jordan, Rolf (2017): Wohnungsnotfallhilfeplanung als Entwicklungsinstrument, in: Specht, Thomas; Rosenke, Werena; Jordan, Rolf; Giffhorn, Benjamin, 2017: Handbuch der Hilfen in Wohnungsnotfällen. Entwicklung lokaler Hilfesysteme und lebenslagenbezogener Hilfeansätze, Berlin: 75 - 86

Scholz, Olaf (2016): Freizügigkeit in Europa. Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Vortrag vor den Richterinnen und Richtern sowie den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundessozialgerichts am 10.3.2016, Manuskript <https://www.olafscholz.de/main/pages/index/p/5/2896/page/16/year/2016>